



Briefing Notes

Gruppe 62 – Informationszentrum Asyl und Migration

12. Oktober 2020

Afghanistan

Anschläge, Kampfhandlungen, zivile Opfer

Nach Recherchen der New York Times starben im Oktober (Stand 08.10.20) bei sicherheitsrelevanten Vorfällen in unterschiedlichen Provinzen mindestens 58 Pro-Regierungskräfte und 37 Zivilisten. Nach Angaben des lokalen Gouverneurs intensivierten die Taliban insbesondere in der Provinz Faryab (Nordwesten) ihre Angriffe. Auch aus der südlichen Provinz Helmand, wo Taliban die Hauptstadt Lashkargah angreifen, werden aktuell schwere Gefechte gemeldet. Hunderte Menschen sollen auf der Flucht sein, während die Taliban vorrücken.

Trotz Verbots weiterhin Jungfräulichkeitstests

Nach Angaben von 129 betroffenen Frauen in 13 Provinzen, die auf eine entsprechende Umfrage durch die Afghanistan Independent Human Rights Commission (AIHRC) geantwortet haben, werden trotz des strafrechtlich bewehrten Verbotes weiterhin über 90 % der durchgeführten Jungfräulichkeitstests ohne Einwilligung der Betroffenen und ohne gerichtliche Anordnung durchgeführt. Die Tests werden von der Polizei angeordnet, wenn es um den Vorwurf der Vergewaltigung, des Ehebruchs oder außer- bzw. vorehelichen Geschlechtsverkehrs geht.

Albanien

Verabschiedung eines neuen Wahlgesetzes

Am 05.10.20 verabschiedete die Regierungsmehrheit von Premierminister Edi Rama im albanischen Parlament ein neues Wahlgesetz. Medienberichten zufolge besteht die größte Veränderung darin, dass mehrere Parteien nun nicht mehr in einem Zusammenschluss zur Wahl antreten dürfen. Die Oppositionsparteien Demokratische Partei (PD) und Sozialistische Bewegung für Integration (Lëvizja Socialiste për Integrim, LSI) verurteilten den Gesetzesbeschluss als unilaterale Maßnahme. In vorigen Wahlgesetzreformen sei im Gegensatz zu diesem Mal jeweils ein politischer Konsens erreicht worden. Die nächsten Parlamentswahlen finden am 25.04.21 statt.

Armenien/Aserbaidshan

Vereinbarte Waffenruhe für Berg-Karabach bleibt brüchig

Die am 09.10.20 vereinbarte und von Russlands Außenminister Lawrow vermittelte Waffenruhe in Berg-Karabach soll bereits kurz nach ihrem Inkrafttreten am 10.10.20 gegen Mittag Ortszeit gebrochen worden sein. Trotz der ausgerufenen Waffenruhe zwischen den Parteien im Konflikt um Berg-Karabach hat es nach aserbaidshanischen Angaben einen armenischen Angriff auf die zweitgrößte Stadt des Landes gegeben. Beim Raketenbeschuss eines Wohngebiets von Gandscha (Ganja) seien sieben Menschen getötet und 33 verletzt worden. Armenien dementierte nach Angaben russischer Agenturen die Berichte und sprach von Desinformation und Lügen. Demnach halte man sich sowohl in Armenien als auch in Berg-Karabach an die Waffenruhe. Die gegnerische Seite würde aber den

Beschuss fortsetzen und greife weiter Siedlungen in der Region Berg-Karabach an. Die Angaben der Konfliktparteien konnten von unabhängiger Seite nicht bestätigt werden.

Die vereinbarte Waffenruhe sollte dazu genutzt werden, Gefangene und andere inhaftierte Personen auszutauschen und gefallene Soldaten an die Heimatländer zu übergeben. Seit dem Ausbruch der Kämpfe zwischen aserbaidjanischen und armenischen Truppen am 27.09.20 wurden Hunderte Menschen getötet. Allein auf armenischer Seite sollen in Berg-Karabach mehr als 400 Soldaten gefallen, aber auch Zivilisten getötet worden sein. Aserbaidschan hat bislang keine Angaben zu eigenen Verlusten gemacht, spricht aber von rund 30 toten Zivilisten.

Bosnien und Herzegowina

Wahlausschluss von serbisch-nationalistischer Partei vor Lokalwahlen

Die Wahlkommission von Bosnien und Herzegowina hat Medienberichten zufolge die als serbisch-nationalistisch beschriebene Partei United Srpska (US) von der Teilnahme an den am 15.11.20 stattfindenden Lokalwahlen ausgeschlossen. Begründet wurde der Schritt mit einem Wahlvideo der Partei, welches gegen das bosnisch-herzegowinische Wahlgesetz verstoße, da es Hass zwischen den Bevölkerungsgruppen säe. In dem Video würden drei junge Männer einen albanischen, einen kroatischen und einen bosnischen Volkszugehörigen in stereotyper Weise repräsentieren. Alle drei würden sich aggressiv über die serbische Volksgruppe äußern. Trotz Warnungen habe United Srpska das Video nicht zurückgezogen. Der Parteivorsitzende Nenda Stevandic kündigte eine Klage gegen den Ausschluss an. Milorad Dodik, serbischer Vertreter in der Dreier-Präsidentschaft Bosnien und Herzegowinas, verurteilte den Ausschluss ebenfalls und warf der Wahlkommission Verzerrung vor.

Brasilien/Kolumbien/Peru/Ecuador

Indigene Völker besonders stark von COVID-19 betroffen

Unter den indigenen Gemeinden im Amazonasgebiet gibt es bisher mehr als 63.000 mit COVID-19 infizierte Personen und 1.896 Tote. Knapp 240 indigene Völker sind betroffen. Das melden Medien unter Berufung auf Angaben der Koordination der Indigenen Organisationen des Amazonasbeckens (COICA) und des Kirchlichen Netzwerks des Amazonasgebiets (Repam). Die meisten Ansteckungen und Todesfälle indigener Personen gibt es laut Medienberichten in Brasilien (24.866 Infizierte, 667 Todesfälle), gefolgt von Kolumbien (16.135, 577), Peru (14.932, 394), Ecuador (11.849, 330), Bolivien (3.438, 131), Venezuela (693, 23), Guyana (95 Infizierte), Surinam (76 Infizierte) und Französisch-Guayana (1 Todesfall). Bereits im August 2020 hatten lokale Vertretungen der Vereinten Nationen die internationale Gemeinschaft um mehr Solidarität mit den indigenen Gemeinden des Amazonasgebiets gebeten (vgl. BN v. 10.08.20). Es wird befürchtet, dass die Pandemie die Erhaltung von Wissen und Kultur indigener Völker gefährdet.

DR Kongo

UNICEF besorgt über anhaltende Gewalt gegen Kinder

In einer Pressemeldung vom 06.10.20 äußerte sich der United Nations Children's Fund (UNICEF) besorgt über die Lage von Kindern in der DR Kongo. Insbesondere der Konflikt in der Provinz Ituri (im Nordosten des Landes) treffe Kinder schwer. Im Zeitraum Januar bis Juni 2020 seien dort 91 Kinder getötet, 27 verstümmelt und 13 sexuell missbraucht worden. Geschätzte 1,6 Mio. Personen, in der Mehrzahl Frauen und Kinder, seien in Ituri vertrieben worden. Außerdem gab es bestätigte Meldungen über Zerstörungen oder Plünderungen von 18 Gesundheitseinrichtungen sowie über Angriffe auf über 60 Schulen, wovon 45.000 Kinder betroffen seien. In Ituri seien 2,4 Mio. Menschen auf humanitäre Hilfe angewiesen. Landesweit gibt es UNICEF zufolge über 5 Mio. intern Vertriebene, von denen die meisten in improvisierten Zeltunterkünften und Slums leben würden. Deren Lage würde durch die COVID-19-Pandemie weiter erschwert.

Indien

COVID-19-Pandemie

Nach Angaben des indischen Gesundheitsministeriums vom 11.10.20 wurden seit Beginn der Pandemie mehr als sieben Millionen Corona-Infektionen registriert. Die täglichen offiziellen Fallzahlen stiegen zwar zuletzt weniger schnell als noch im September, die Neuinfektionen nahmen aber in absoluten Zahlen schneller zu als in jedem anderen Land der Welt. Die indische Ärztevereinigung blickt besorgt auf die bevorstehenden Wahlen im Bundesstaat Bihar mit mehr als 70 Millionen Wahlberechtigten und auf die bald stattfindenden mehrtägigen hinduistischen Feste, bei denen sich oft größere Menschenansammlungen bilden. Medien berichten in einigen Teilen des Landes von einem Mangel an medizinischem Sauerstoff in Krankenhäusern.

Indien/Afghanistan

Situation afghanischer Geflüchteter

In Neu-Delhis Stadtteil Lajpat Nagar lebt ein Großteil der 11.000 offiziell in Indien registrierten afghanischen Geflüchteten. Dort betreiben Afghanen u.a. Geschäfte, Apotheken und Gasthäuser. Das Viertel ist auch Anlaufstelle für diejenigen Afghanen, die sich eine medizinische Behandlung im Ausland leisten können. Die Situation der afghanischen Flüchtlinge hat sich während der COVID-19-Pandemie verschlechtert. Außerdem sind viele der in Neu-Delhi lebenden Afghanen Tagelöhner, die keine staatlichen Hilfen wie indische Staatsangehörige erhalten. Flüchtlinge leben in Indien in einem rechtlichen Schwebезustand und haben selbst bei höherer Bildung kaum Zugang zu formeller Beschäftigung und sind gesellschaftlich benachteiligt. So berichten Geflohene von überhöhten Mietpreisen und dadurch bedingt sehr beengten Wohnverhältnissen. Schätzungen zufolge sind seit Ausbruch der COVID-19-Pandemie 800 afghanische Familien von Indien nach Afghanistan zurückgekehrt.

Irak

Sicherheitsoperationen gegen IS-Kämpfer

Bei einer Militäroperation gegen IS-Kämpfer im Westen der Provinz Anbar am 07.10.20 wurden sechs IS-Kämpfer getötet und ein weiterer verhaftet sowie zwei Verstecke zerstört.

Ebenfalls am 07.10.20 gaben irakische Sicherheitskräfte bekannt, dass sie den als Al-Raqawi bekannten Terroristen während einer Sicherheitsoperation in der Provinz Ninive festgenommen haben. Er stand auf der Fahndungsliste der irakischen Sicherheitskräfte.

Am 10.10.20 nahmen die „Iraqi Counter-Terrorism Forces“ eigenen Angaben zufolge in Kirkuk ein hochrangiges Mitglied des IS gefangen.

Anti-Regierungsproteste

Am 06.10.20 stürmten Demonstranten erneut mehrere Büros politischer Parteien in der südlichen Provinz Dhi Qar und setzten einige Gebäude in Brand. Es entstand Sachschaden. Zu welcher Partei die betroffenen Büros gehören, wurde nicht bekannt.

Am 10.10.20 demonstrierten mehrere Dutzend Menschen in Karbala und blockierten die Straße nach Bagdad. Sie forderten bessere staatliche Dienstleistungen, darunter mehr Sicherheit auf den Straßen. Näheres wurde nicht bekannt.

Iran

Freilassung von Menschenrechtsaktivistin Mohammadi

Am 08.10.20 bestätigte ein Sprecher der Justizbehörde in Sanjan im Nordwesten Irans die Haftentlassung der 48-jährigen iranischen Menschenrechtsaktivistin Nargess Mohammadi. Mohammadi hatte sich im August mit dem Corona-Virus infiziert. Sie war wegen Propaganda gegen das islamische Regime zu zehn Jahren Haft verurteilt worden, kam jedoch bereits nach achteinhalb Jahren laut Angaben der Nachrichtenagentur Tasnim

(Privatwirtschaftliche Nachrichtenagentur in Iran) frei. Mohammadi gehört zu den renommierten Menschenrechtlern in der Islamischen Republik und ist eine Gegnerin der Todesstrafe.

Jemen

Kämpfe in Hodeida

Am 08.10.20 forderten die UN die sofortige Einstellung der neuerlichen Kämpfe zwischen den Houthi-Rebellen und regierungsnahen Kräften um die Städte al-Durayhimi und Hais im Gouvernement Hodeida. Berichten zufolge wurden 70 Menschen verwundet und 52 getötet, darunter Dutzende von Zivilisten.

Im Dezember 2018 hatten sich die Konfliktparteien auf einen Waffenstillstand geeinigt. Die Vereinbarung wurde jedoch nie vollständig umgesetzt und die Kämpfe in Hodeida wurden sporadisch fortgesetzt.

Kirgisistan

Politische Krise nach Parlamentswahl

Die offizielle Verkündung des Wahlsiegs von zwei regierungsnahen Parteien bei der Parlamentswahl am 04.10.2020 löste Unruhen und eine politische Krise aus. 11 andere Parteien erkannten das Ergebnis nicht an. Tausende Menschen demonstrierten in Bischkek und anderen Städten des Landes gegen Wahlfälschungen und für einen Austausch der politischen Elite. Demonstranten befreiten am 06.10.20 mehrere Politiker, u. a. den ehemaligen Präsidenten Almasbek Atambajew, aus dem Gefängnis und drangen in Regierungsgebäude ein. Die Wahlkommission annullierte inzwischen das Wahlergebnis. Das Staatliche Komitee für Nationale Sicherheit erklärte, der ehemalige Präsident sei erneut festgenommen worden.

Kenia

Zwei Männer wegen Terrorangriff auf Einkaufszentrum verurteilt

Sieben Jahre nach dem Terrorangriff auf das Westgate-Einkaufszentrum in der kenianischen Hauptstadt Nairobi sind am 07.10.20 zwei Angeklagte wegen Mittäterschaft an einem terroristischen Akt für schuldig befunden worden. Es sei erwiesen – so das Gericht, dass die beiden Männer die vier Angreifer bei dem Anschlag unterstützt hätten. Ein dritter Angeklagter wurde aus Mangel an Beweisen freigesprochen. Das Strafmaß soll am 22. Oktober verkündet werden. Der Prozess hatte im Januar 2014 begonnen.

Bei dem Anschlag durch die al-Shabaab auf ein Einkaufszentrum waren am 21. September 2013 67 Menschen getötet und mindestens 200 verletzt worden. Es kam zu schweren Gefechten mit den kenianischen Sicherheitskräften, bei denen die Attentäter getötet wurden.

Kolumbien

Verteidigungsminister entschuldigt sich für Polizeigewalt bei Protesten 2019

Kolumbiens Verteidigungsminister Carlos Holmes Trujillo hat sich am 07.10.20 laut Medienberichten für die Polizeigewalt bei Demonstrationen im November 2019 entschuldigt. Bei den Protesten gegen die Regierung des konservativen Präsidenten Iván Duque waren ab 21.11.19 mehrere Menschen ums Leben gekommen, unter ihnen ein 18-jähriger Schüler (vgl. BN v. 02.12.19). Nach Angaben kolumbianischer Medien vom 07.10.20 sprach Minister Holmes Trujillo die Entschuldigung im Rahmen einer Debatte über einen Misstrauensantrag gegen ihn aus. Er habe sich ausdrücklich für Exzesse der Sicherheitskräfte, besonders die der Polizeieinheit Escuadrón Móvil Antidisturbios (ESMAD), im Zusammenhang mit den Protesten im November 2019 entschuldigt. Der Minister kam damit einer gerichtlichen Aufforderung nach. Die Polizei ist in Kolumbien auch vor dem Hintergrund der Erfahrungen aus früheren Konflikten nicht dem Innenministerium, sondern dem Verteidigungsministerium unterstellt.

Kosovo

Korrektur: Festnahme von Polizeibeamten wegen diverser Straftaten (BN v. 05.10.20)

In einer Meldung in den Briefing Notes vom 05.10.20 war berichtet worden, dass albanischsprachige Medien soweit ersichtlich nur unter Berufung auf einen BBC-Bericht vom 19.09.20 über die Festnahme von mindestens 35 Personen im Zuge einer Razzia berichtet hätten. Richtig ist, dass mehrere kosovarische Internetmedien hierüber Artikel publizierten, im Gegensatz zu englischsprachigen, speziell Neuigkeiten aus dem Westbalkan gewidmeten Portalen. Bei der Operation im Kampf gegen illegales Glücksspiel, Prostitution und Menschenhandel, Waffen- und Drogendelikte waren auch mindestens zehn Grenzpolizisten verhaftet worden (vgl. BN v. 05.10.20). In der Folge kam es laut Medienberichten zu weiteren Razzien. Im Zuge einer größeren Operation am 01.10.20 sind weitere 22 im Zusammenhang mit den genannten Vorwürfen stehende Personen festgenommen worden. Daneben beschlagnahmten die Sicherheitsbehörden zahlreiche Waffen und auch Vieh.

Libanon

Ende der Lebensmittelsubventionen kann drohen

Am 09.10.20 wurde bekannt, dass die Zentralbank des Libanon nur noch 1,8 Milliarden Dollar an Reserven zur Verfügung hat, bevor die Untergrenze an Dollarreserven erreicht ist, die sie vorhalten muss (17,5 Milliarden Dollar). Dies würde bedeuten, dass im üblichen Rahmen nur noch etwa einen Monat lang die Subventionen für diverse Güter aufrechterhalten werden können. In Ermangelung eines Sozialsystems werden im Libanon einige wesentliche Grundlagen der Existenzsicherung subventioniert, indem für ihren Kauf auf dem Weltmarkt sehr günstige Wechselkurse garantiert werden. Bei einem Schwarzmarktkurs von 9.000 : 1 (libanesisches Pfund zum Dollar) betragen diese 1.500 : 1 für Weizen, Medikamente und Benzin sowie 3.900 : 1 für mehrere hundert andere Lebensmittel. Denkbar wäre die Aufrechterhaltung des Wechselkurses für Weizen, Benzin und Medikamente, wenn dafür andere Lebensmittel nicht mehr subventioniert würden. Durch die komplexe Wirtschaftskrise ist der Zufluss an Dollar in die libanesische Ökonomie de facto zum Erliegen gekommen; der Libanon hat Zinszahlungen auf Schuldtitel in Devisen aussetzen müssen und Kapitalverkehrskontrollen eingeführt. Ein Ende der Subventionen würde für ein deutliches Ansteigen der Lebenshaltungskosten sorgen.

Mali

ECOWAS hebt Sanktionen auf

Am 06.10.20 gab die Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) bekannt, dass die nach dem Militärputsch im August 2020 verhängten Sanktionen wieder aufgehoben werden. Die ECOWAS sieht deutliche Fortschritte auf dem Weg zurück zu einer Demokratie. Die Forderung nach einer zivilen Übergangsregierung sei mit der Wahl von Moctar Ouané zum neuen Übergangspräsidenten und der Ernennung eines Kabinetts aus Vertretern von Militärs und Zivilisten erfüllt worden. Auch die Afrikanische Union (AU) gab am 09.10.20 bekannt, die Suspendierung Malis aufzuheben.

Entführter Oppositionspolitiker freigelassen

Am 08.10.20 gab die malische Übergangsregierung bekannt, dass der Oppositionspolitiker Soumaïla Cissé freigelassen wurde. Cissé war am 25.03.20 (vgl. BN v. 30.03.20) von mutmaßlichen Dschihadisten in Niafouké in der nordwestlichen Region Timbuktu verschleppt worden, als er Wahlkampf machte. Er kam zusammen mit drei weiteren europäischen Geiseln frei. Vermutet wird, dass die Freilassung der Geiseln mit der zuvor erfolgten Freilassung von bis zu 200 mutmaßlichen Dschihadisten aus dem Gefängnis zusammenhängt.

Montenegro

Journalist wegen Drogenhandels zu Gefängnisstrafe verurteilt

In zweiter Instanz wurde am 08.10.20 der bekannte Journalist Jovo Martinovic zu einem Jahr Haft wegen Drogenhandels verurteilt. Fallen gelassen wurde der Vorwurf der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung,

der Martinovic in der ersten Instanz im Januar 2019 noch für schuldig befunden worden war. Martinovic, u. a. für The Economist und The Financial Times tätig, gab an, er habe lediglich im Rahmen seiner journalistischen Arbeit Kontakt mit mutmaßlichen Drogenhändlern aufgenommen. Im Oktober 2015 war er zusammen mit 17 weiteren Personen verhaftet worden, woraufhin er 15 Monate in Untersuchungshaft verbrachte und dann zwischenzeitlich freigelassen wurde. Wegen der Untersuchungshaft gilt die ausgesprochene Haftstrafe bereits als verbüßt. Reporter ohne Grenzen bezeichnete das fünfjährige Verfahren samt Verurteilung Martinovics als „kafkaesk“. In ihrem aktuellen Fortschrittsbericht fordert die EU-Kommission Montenegro allgemein auf, politische Einflussnahme auf die Justiz anzugehen.

Nigeria

Priester entführt und wieder freigelassen

Laut Medienberichten entführten Unbekannte am 26.09.20 einen katholischen Priester von seiner Farm im nigerianischen Bundesstaat Delta. Drei Tage später sei der Geistliche wieder auf freien Fuß gekommen.

Nach Angaben eines Sprechers der Diözese Issele-Uku sei das Entführungsoffer zum Zeitpunkt der Entführung geschlagen worden, habe aber keine schweren Verletzungen erlitten. Es blieb unklar, ob ein Lösegeld gezahlt wurde. Zwar hat die nigerianische Bischofskonferenz die Zahlung von Lösegeld für die Freilassung von Priestern und Ordensleuten verboten, jedoch sind in der Vergangenheit Fälle bekannt geworden, in denen Gemeindemitglieder Geldsummen aufbrachten, um Priester freizubekommen. Aus der Diözese Issele-Uku sollen seit 2018 mindestens sechs Priester entführt worden sein. Das diesmal entführte Opfer war 2018 schon einmal gekidnappt und nach einigen Tagen wieder freigelassen worden.

Syrien

Anschlag in türkisch besetztem al-Bab

Verschiedenen oppositionsnahen Medien und der türkischen Nachrichtenagentur Anadolu zufolge explodierte am 06.10.20 ein mit Sprengsätzen bestückter Lastwagen in der Nähe einer Bushaltestelle in al-Bab. Dabei sollen mindestens 18 Personen ums Leben gekommen und etwa 75 verletzt worden sein, darunter auch mehrere Frauen und Kinder.

Die türkischen Behörden vermuten die kurdischen Volksbefreiungseinheiten (YPG) hinter der Tat, ein öffentliches Bekenntnis zu der Tat liegt nicht vor. Al-Bab, ein Ort im Norden der Provinz Aleppo, steht seit 2016 unter der Kontrolle des türkischen Militärs und seiner verbündeten syrisch-arabischen Milizen.

SDF entlässt syrische Staatsangehörige aus berüchtigtem Lager al-Hol

Die Verwaltung der kurdisch geführten Demokratischen Kräfte Syriens (SDF) kündigte am 05.10.20 an, es allen Häftlingen mit syrischer Staatsangehörigkeit zu ermöglichen, das al-Hol-Lager im Nordosten des Landes zu verlassen. Das Lager für Angehörige mutmaßlicher IS-Kämpfer beherbergt etwa 68.000 Frauen und Kinder. Davon sollen etwa 28.000 aus Syrien, 30.000 aus dem Irak und 10.000 Personen aus dem Ausland stammen. Unter den 28.000 Syrern befinden sich Schätzungen zufolge etwa 15.000 aus den Provinzen Raqqa und Deir ez-Zor.

Türkei

Fortschrittsbericht

Am 06.10.20 stellte die EU-Kommission die aktuellen Fortschrittsberichte zur Beitrittsbereitschaft der sechs (potentiellen) EU-Mitgliedskandidaten im Westbalkan sowie der Türkei vor. In dem Bericht zur Türkei wird u.a. ausgeführt, dass sich das Land weiterhin immer weiter weg von der Europäischen Union bewege und ernsthafte Rückschritte im Hinblick auf Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Grundrechte und der Unabhängigkeit der Justiz zu verzeichnen habe. Besorgniserregend seien zudem die anhaltenden Verhaftungen von Oppositionsführern, Menschenrechtsaktivisten, Journalisten, Mitgliedern der Zivilgesellschaft und von Akademikern im Rahmen der umfassenden Anti-Terror-Gesetzgebung. Gelobt werden in dem Bericht die herausragenden Anstrengungen der Türkei bei der Versorgung von nahezu vier Millionen Flüchtlingen aus Syrien (3,6 Mio) und anderen Ländern.

Gleichzeitig wird jedoch auch kritisiert, dass die türkische Regierung im März 2020 Flüchtlinge ermutigt habe, die Landroute nach Europa durch Griechenland zu nehmen.

Tunesien

COVID-19-Pandemie: Ausgangssperren in der Region Tunis

Die Behörden führten ab 08.10.20 eine zweiwöchige Ausgangssperre für die Hauptstadt Tunis sowie deren angrenzende Region ein. An Wochentagen beginnt die Ausgangssperre um 21 Uhr und endet 5 Uhr, an Wochenenden dauert sie von 19 Uhr bis 5 Uhr. In der Region Tunis sollen in den kommenden Wochen die Märkte geschlossen bleiben und keine Freitagsgebete stattfinden. Neben Tunis sind auch die beiden Küstenregionen Sousse und Monastir sowie Sidi Bouzid im Landesinneren von strengeren Corona-Maßnahmen betroffen.

Venezuela

Ausreise Roberto Marreros

Roberto Marrero, einer der 110 Oppositionellen, die kürzlich durch Präsident Maduro begnadigt wurden, ist die Ausreise nach Mexiko gelungen. Marrero war Büroleiter von Juan Guaidó, des von über 50 Staaten anerkannten Interimspräsidenten der Opposition. Er war am 21.03.19 im Rahmen der Krise um das Präsidentenamt von Angehörigen des Geheimdienstes SEBIN unter Terrorismusverdacht verhaftet worden, woraufhin v.a. die USA neue Sanktionen gegen Venezuela verhängten. Marrero versuchte seit seiner Freilassung am 31.08.20 das Land zu verlassen. Seine Familie lebt in Florida.

Weißrussland

Andauernde Proteste gegen Präsident Lukaschenko

Auch am vorigen Wochenende fanden in mehreren Städten des Landes Protestkundgebungen gegen Präsident Alexander Lukaschenko statt. In Minsk lösten Sicherheitskräfte die Demonstration gewaltsam auf. Der Menschenrechtsorganisation Wjasna zufolge wurden bei den Protesten mindestens 285 Personen festgenommen. Journalisten berichteten, dass Demonstrierende von verummten Polizisten, Soldaten und Personen ohne Uniform angegriffen wurden.

Westbalkan

EU-Kommission stellt Fortschrittsbericht für Mitgliedschaftskandidaten vor

Am 06.10.20 stellte der EU-Kommissar für Erweiterung, Oliver Varhelyi, den aktuellen Fortschrittsbericht zur Beitrittsbereitschaft der sechs (potentiellen) EU-Mitgliedschaftskandidaten im Westbalkan sowie der Türkei vor. Der Bericht betrachtet den Zeitraum seit der Amtseinführung der neuen EU-Kommission. In Bezug auf den Umgang mit der COVID-19-Pandemie wurde im Westbalkan allgemein ein Mangel an parlamentarischer Beteiligung und Kontrolle moniert.

Mit Albanien und Nordmazedonien könnten die Beitrittsverhandlungen noch in diesem Jahr beginnen. Laut Medienberichten stellt der Bericht Albanien insgesamt ein gutes Zeugnis aus, auch im Bereich Korruptionsbekämpfung, merkt jedoch die hohe politische Polarisierung an. Nordmazedonien habe ebenfalls Fortschritte gemacht; nur begrenzt seien diese im Bereich Meinungsfreiheit, zudem müssten demokratische und rechtsstaatliche Kontrollmechanismen, etwa die parlamentarische Kontrolle über die Geheimdienste, verstärkt werden.

Die laufenden Beitrittsverhandlungen mit Montenegro würden sich bis auf Weiteres auf das Erreichen der Benchmarks bei der Rechtsstaatlichkeit konzentrieren. In diesem Bereich gebe es Verzögerungen. Montenegro wurde außerdem zu größeren Fortschritten bei Meinungs- und Medienfreiheit, Unabhängigkeit der Justiz und der

Korruptionsbekämpfung aufgefordert. Serbien wird im Bericht wegen zweideutiger Kommunikation über die EU und wegen sehr begrenzter Fortschritte im Bereich Rechtsstaatlichkeit kritisiert. Die politische Arena sei dominiert von der Regierungskoalition. Verstärkt problematisch sei die intransparente Auswahl von Führungspositionen in der staatlichen Verwaltung.

Bosnien und Herzegowina müsse in allen Bereichen Fortschritte zeigen, bevor Beitrittsverhandlungen eröffnet werden können. Der Bericht merkt an, Parteipolitik habe für die Verantwortlichen über der Umsetzung von Reformen gestanden. Ein professioneller und depolitisierter Verwaltungsapparat müsse gewährleistet werden. Das Grenz- und Migrationsmanagement sowie ein effektives Asylsystem scheiterten an innerstaatlicher Kooperation. Kosovo, bislang lediglich potentieller EU-Kandidat, habe wegen mangelnder politischer Stabilität wenig Fortschritte gemacht. Der Vorschlag der EU-Kommission zur Visaliberalisierung für kosovarische Staatsangehörige liegt dem Ministerrat vor.

Gruppe 62 - Informationszentrum Asyl und Migration
Briefing Notes
BN-Redaktion@bamf.bund.de